

## GdP tagt lieber ohne CDU-Abgeordnete

(rb) Hannover. Die Gewerkschaft der Polizei im Emsland hat in diesem Jahr darauf verzichtet, die örtlichen CDU-Abgeordneten zu ihrer Jahresversammlung einzuladen. Als Grund wird angegeben, dass die Stimmung innerhalb der Polizei wegen der von der Landesregierung geplanten Einkommenskürzungen bei Polizeibeamten sowie der Entscheidung, die Verträge des Tarifpersonals nicht zu verlängern, sehr aufgeheizt ist. Es werde ernsthaft befürchtet, „dass es im Rahmen der Veranstaltung zu überzogenen Reaktionen von Betroffenen kommen könnte“, heißt es in einem Schreiben an einen CDU-Parlamentarier. Da dem Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Emsland „auch der Schutz und die Integrität unserer Gäste am Herzen liegt“, er dafür aber derzeit keine Garantie übernehmen könne, habe man sich entschlossen, in diesem Jahr keine Landespolitiker einzuladen.

### Am Rande:

#### Freiwild

(rb) Die Haushaltspolitik der Landesregierung ist für die jeweils von Kürzungen Betroffenen zweifellos ein Ärgernis, für manche sogar existenzbedrohend. Die Frage ist allerdings, ob die jeweilige Befindlichkeit dazu berechtigt, gegen die Mitglieder der Regierung oder auch der Regierungskoalition auch mit körperlicher Gewalt vorzugehen. Das gilt wohl in besonderem Maße für Polizeibeamte, deren Job es nicht nur ist, Menschen vor Gewalt zu schützen, sondern die sich dazu auch mit einem Amtseid verpflichtet haben.

Bei der Gewerkschaft der Polizei im Emsland hat man offenbar so viel Verständnis für die Empörung und Wut der Kollegen über die Kürzungen beim Weihnachtsgeld oder beim Tarifpersonal, dass man Auswüchse der Kollegen gegenüber Landespolitikern aus den Reihen der CDU für möglich hält und auch glaubt, diese nicht verhindern zu können. So oder ähnlich wird zumindest begründet, warum man Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion zur Jahresversammlung nicht einladen möchte. Man könne keine Garantie für den

aber nicht so tun, als könnte sie die entfesselte Wut der Kollegen nicht im Zaum halten und wolle nur Schaden von Politikern abwenden.

Schutz dieser Gäste übernehmen, wenn es zu „überzogenen Reaktionen von Betroffenen“ kommt, heißt es in einem Schreiben an einen örtlichen Parlamentarier.

Was möglicherweise als freundlicher Hinweis gedacht ist, offenbart eine Haltung gegenüber Politikern mit Regierungsverantwortung, die gerade der Polizei nicht gut ansteht. („Gibst du mir Weihnachtsgeld, halte ich mich an meinen Amtseid“?). Demnach sind Politiker von CDU und FDP nunmehr zum Freiwild geworden, für deren Sicherheit in diesen Zeiten nicht mehr garantiert werden kann. Zur Ehrenrettung der einzelnen Polizeibeamten sei darauf verwiesen, dass diese nicht zwingend die Meinung ihrer Gewerkschaft teilen und die trotz aller Empörung in ihre großen Mehrheit bereit sind, weiterhin Menschen (auch Politiker) vor Gewalt zu schützen. Sie tun es täglich – ohne Ansehen der Person oder der jeweiligen Überzeugungen, mit denen sie es z.B. bei Demonstrationen zu tun haben.

Wenn die GdP bei ihrer Jahresversammlung unter sich sein will, soll sie es sagen,

den. Sie bringt damit einen ganzen Berufsstand in Misskredit.

---

GdP KG Emsland, Brockhauser Weg 21, 49809 Lingen

*Kolleg* *ansche*  
*Herz*  
*Wach!*

**Kreisgruppe Emsland**  
Brockhauser Weg 21, 49809 Lingen  
Telefon: 0591 6100 - Durchwahl 3212  
Telefax: 0591 6100 - 3212  
Handy: 0172 5248516  
E-Mail: h.j.kluender@t-online.de  
Konto:  
VoBa Haselünne  
Nr. 3507600 BLZ 28 66 13 80

---

Lingen, 04.10.2004

**Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei,  
Kreisgruppe Emsland, in Meppen**

Sehr geehrter Herr,

in den Vorjahren hatte ich an dieser Stelle das Vergnügen und die Freude, Sie als Vertreter des Emslandes im niedersächsischen Landtag zur Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei - Kreisgruppe Emsland – einzuladen.

Im Rahmen dieser Veranstaltung bot sich immer die Gelegenheit, in fairer und sachlicher Diskussion die manchmal recht unterschiedlichen Meinungen und Standpunkte zu allgemeinen Themen des öffentlichen Dienstes und den speziellen Belangen der Polizeibeschäftigten zu erörtern.

Die nun aber zur Beratung im Landtag anstehenden Vorschläge der niedersächsischen Landregierung, noch weiter die Einkommen der Polizeibeschäftigten zu kürzen, haben eine Welle des Zornes, der Empörung und der Wut bei unseren Mitgliedern hervorgerufen. Dieses wird noch verstärkt durch die im hohen Maße unsoziale Entscheidung, Tarifbeschäftigten im Polizeidienst pauschal die Verlängerung ihrer Arbeitsverträge zu verweigern. Damit werden in den nächsten Monaten allein im Bereich der Polizeiinspektion Emsland sieben qualifizierte und engagierte Kolleginnen und Kollegen in eine perspektivlose Zukunft, die da Arbeitslosigkeit heißt, geschickt.

Aus diesen Gründen muss ich ernsthaft befürchten, dass es im Rahmen der Veranstaltung zu überzogenen Reaktionen von Betroffenen kommen könnte. Da mir aber als Leiter der Versammlung auch der Schutz sowie die Integrität unserer Gäste am Herzen liegt, ich hierfür aber derzeit keine Garantie übernehmen kann, haben wir uns dazu entschlossen in diesem Jahr keine Vertreter der Landepolitik einzuladen.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis und verbleibe mit freundlichen Grüßen

H.-J. Klünder,  
Vorsitzender der GdP KG Emsland